

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6gepaßene Millimeterzeile für Arbeitstage 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schiffverleger u. Verlagsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3357. Schluss der Redaktion: Freitag vorletztes 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Verlagsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 9

Duisburg, den 1. März 1924

25. Jahrgang

Gegen die sozialpolitische Reaktion

Fast scheint es, als ob große Teile der Arbeiterschaft den Kampf um die Arbeitszeit als das eigentliche Streitobjekt ansehen, um das in dieser Zeit gerungen wird. Und doch ist die Frage der Arbeitszeit nur ein kleiner Ausschnitt aus dem gewaltigen Ringen, das von der Scharmacherlei in das deutsche Wirtschaftsleben hineingetragen wird und von dem leider viele Arbeiter noch gar keine Ahnung haben. Denn es handelt sich bei der ganzen Sache nicht um ein oder zwei Stunden Mehrarbeit, sondern um die gesamte politische, soziale und rechtliche Stellung der Arbeiterschaft. Die sozialpolitische Reaktion lehnt sich danach der Arbeiterschaft wieder das rechtliche und soziale Einkommensniveau der Vorkriegszeit vorzusetzen.

Wir müssen also bei diesem Kampf zweierlei auseinanderhalten: 1. Die Frage der Arbeitszeit ist an und für sich keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitfrage. Erfordert wirtschaftliche oder politische Not vorübergehend eine längere Arbeitszeit, um aus den Gefahren herauszukommen, so wird kein vernünftiger Mensch sich dagegen wehren. Dabei stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt: Unbedingt notwendig ist der Achtstundentag für die Feuerarbeiter. Wir verkennen auch absolut nicht den kulturellen Einfluss des Achtstundentages auf das Arbeiterleben und wir setzen bei einer konsolidierten und gefestigten Wirtschaft im Achtstundentag eine Kulturnotwendigkeit des arbeitenden Standes. Aber in einer Notzeit sind wir bereit, aus wirtschaftlichen, politischen und arbeitsrechtlichen Gründen hinsichtlich der Arbeitszeit Konzessionen zu machen.

2. Keine Konzession und nicht das Tüpfelchen über dem i kann die Arbeiterschaft hinsichtlich Arbeitsrecht und Sozialpolitik geben. Das sind die Klammern der gesellschaftlichen und sozialen Stellung der Arbeiterschaft. Die Scharmacher möchten den Kollektivvertrag abschaffen und den Einzelvertrag zwischen dem Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter wieder an dessen Stelle setzen. Sie möchten die Schlichtungsordnung abbauen die arbeitsrechtliche Stellung der Gewerkschaften erklären und dadurch die Arbeiterschaft wieder in die Vertriebsstellen lenken zu können. Ursprünglich Lohnfragen wollen sie diktiert allein regeln und im Hintergrunde droht ein neuer Kampf ums Koalitionsrecht.

Dieser Kampf ist der weitaus wichtigste und es ist nur zu beklagen, daß infolge der sozialistischen Propaganda das Bildfeld vieler Arbeiter von der Hauptfrage auf eine Zweckmäßigkeitfrage abgelenkt ist. Erhaltung des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik sind für die Arbeiterschaft prinzipielle Fragen, in denen sie dem Scharmacherum auch nicht ein Tüpfelchen darf. Das Unternehmertum weiß genau warum es alle Kräfte seines Apparats gerade auf diesen Punkt konzentriert. Sind diese Bedingungen gefallen, sind die Gewerkschaften rechtlich ausgeschaltet, dann aber Freiheit der Arbeiterschaft. Daher ist auch den Scharmachern die Arbeitszeitverlängerung bei weitem nicht so wichtig wie die Unternehmern das Arbeitsrecht. Sondern sie wollen aus Übermaß (vgl. vorige Nr.) hat die Karte aus dem Spiel geschoben. Die Arbeiterschaft weiß, daß sie dem drohenden Sturm nur durch eine starke geschlossene Organisation begegnen kann.

Unsere Forderungen auf sozialpolitischem, arbeitsrechtlichem und schlichtungsrechtlichem Gebiet wollen wir kurz dahin präzisieren:

1. Der Reallohn der Metallarbeiterschaft muß gehoben werden. Das hat in erster Linie zu erfolgen dadurch, daß durch weiteren gründlichen Preisabbau die Kaufkraft des Lohnes steigt. Sodann aber müssen die Hungerlöhne, die tatsächlich in vielen Tarifbezirken bezahlt werden, unter allen Umständen in die Höhe getrieben werden. Stärkung des Reallohnes hebt die Kaufkraft des Volkes macht den Markt ausnahmestärker, befördert das gesamte Wirtschaftsleben und beseitigt damit die Arbeitslosigkeit. Erhöhung der Löhne ist somit eine vollwirtschaftliche Notwendigkeit.

2. Rücksichtvolle und scharfmacherische Bestrebungen von Arbeitgebern müssen sofort und energisch zurückgewiesen werden. Diese laufen darauf hinaus: die einseitige, statt der 14tägigen Kündigungsfrist einzuführen; statt der wöchentlichen Lohnzahlung die 14tägige oder die monatliche mit einer zwischenzeitlichen Abfindungszahlung wieder einzuführen; die Arbeitsordnung und die Strafbestimmungen zu verhärtigen; die Arbeiterinnen zu verführen, wenn nicht zu belohnen; die Bezahlung von unverdienter Auszahlung oder Wradarbeit abzulehnen; Betriebsstörungen nicht mehr oder kaum nach zu entschuldigen; die Abwehrverhältnisse zu verschlechtern; die tarifliche Regelung der Lehrlingsbelohnung sowie die Mitwirkung der Arbeitervertreter an der Entlohnung von Beschädigten und allen Arbeitern abzuschneiden usw.

3. In der Frage der Arbeitszeit hat unser grundsätzlicher Standpunkt nach wie vor volle Geltung. Ist die Wirtschaftswelt behoben, so muß der Metallarbeiter seine Rechte werden. Unsere Forderung und unser Recht ist: die dreizehnte achtstündige Schichtzeit für Feuerarbeiter und Schwerarbeiter für Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Röhrenfabriken und ähnliche Betriebe. Für die weiterarbeitenden Eisen- und Metallindustrie erheben wir eine planmäßige Verkürzung der Arbeitszeit so daß von Gruppe zu Gruppe der Achtstundentag wieder erreicht wird ohne daß dadurch eine Beeinträchtigung des Leistungsstandes unserer Volkswirtschaft entsteht, die der Arbeiterschaft selbst verhängnisvoll werden könnte.

4. Das edelste Gut des Arbeiters — Gesundheit und Leben — wollen wir erhalten dadurch, daß die bereits geltenden Arbeiterschutzbestimmungen volle Beachtung finden und der gesetzliche Arbeiterschutz weiter ausgebaut und vervollständigt wird.

5. Die deutsche Sozialversicherung (Kranken-, Alters-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung) ist so zu gestalten, daß die Vorteile derselben in erster Linie den Versicherten zu gute kommen. Es muß verhindert werden, daß die Beiträge in unverhältnismäßig hohem Maße für Verwaltung und Geräte verwandelt werden.

6. Auf sozialrechtlichem Gebiete ist zu fordern, daß den Betriebsräten und Betriebsvertretern das ungeschmälteste Recht eingeräumt wird ihre Befugnisse voll und ganz ausfüllen zu können. Das Betriebsrätewesen ist zu stärken und zu heben. Die Wahlbefugnisse sind zu erweitern dadurch, daß den Betriebsräten Gesamtheit geboten wird, ihr Wissen zu bereichern, denn „Wissen ist Macht“.

7. Es harzt unser die große Aufgabe, das deutsche Arbeitsrecht (Arbeitsrecht, Arbeitsgerichte, Schlichtungswesen, Verbindlichkeitsklärung u. a.) zu einem großen einheitlichen Gesetzwerk zusammenzulassen und zu vervollständigen.

Das sind die dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit und auf dem Gebiet entscheidet sich das Ringen zwischen sozialpolitischer Reaktion und Arbeiterschaft. Mit Ehrlichkeit und Gleichgültigkeit ist nichts getan. Unrechtes und selbstbezogenes Arbeiten im Verband ist die Hauptbedingung zur Erlangung des Sieges.

Wer trägt die Schuld

An der Arbeitszeitverlängerung? So fragt auf der 18. Februar und folgende Tage in Kassel tagenden Generalversammlung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes der Vorsitzende Dikmann und er gibt eine Antwort darauf, die man wohl einem Mann und Wackelknie aber nicht dem Vorsitzenden eines großen Verbandes, der doch Eintracht in die Wirtschaftswelt bringen muß, zutrauen sollte. Dikmann sucht auf der ganzen Linie Prügelknaben. Für das Ruhrgebiet sind sie schnell gefunden. Da sind selbstverständlich die Christen schuld! Laut „Eisener Arbeiterzeitung“ vom 20. Februar laute Dikmann:

Durch den Verrat der Christen und Kirche sei im Ruhrgebiet die Arbeitszeit um 1½ Stunde verlängert. Eine geradezu traurige Rolle hätten die christlichen und kirchlichen Gewerkschaften gespielt. (Zurück. Du hast selbst den Kompj abgemurkt!)

Auf solchen Unsinn einzugehen, der ja auch nur offenbar aus Angst vor den Kommunisten gesagt wurde, erübrigt sich. Anderen Kollegen sind die wirtschaftlichen und politischen Gründe bekannt, die zur Verlängerung der Arbeitszeit führten. Dem Gen. Dikmann ist vielleicht auch bekannt, daß Tausende seiner Genossen samt den Betriebsräten mit dem Revolver der Vorkriegsarbeitszeit in der Tasche sich schon vor dem Berliner Abkommen in die Fabrik drängten. Wenn der Christliche Metallarbeiterverband nicht gewesen wäre, hätte die Metallarbeiterschaft des Ruhrgebietes rechtschaffen die Vorkriegsarbeitszeit aufgegeben bekommen. Daß überhaupt noch so viel gerettet wurde ist wirklich nicht dem sozialistischen Metallarbeiterverband zu verdanken. Über den Genossen Dikmann nicht mehr an die starrere Rolle, die er sowohl als sein Bezirksleiter Wolf bei den Verhandlungen in Nordwest gespielt hat. Jedoch das braucht an dem Gen. Dikmann nicht mehr zu wissen.

Aber wer trägt denn die Schuld an der Arbeitszeitverlängerung in Berlin, das doch eine Hauptdomäne des D. M. B. ist und wo die 4 + 4 Christen nicht faul in Frage kommen? Genosse Dikmann ist auch da um eine Antwort nicht verlegen. Daran sind schuld man höre und staune — die Bergleute des Ruhrgebietes.

„Es sei für die deutsche Arbeiterschaft verhängnisvoll gewesen, daß die Bergarbeiterschaft der Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt habe. Die Folge sei das gleiche Verhalten der Berliner Metallindustrie gewesen.“

Wirklich solche Zusammenhänge von Ursache und Wirkung aufzuzeigen waren dem Genossen Dikmann vorbehalten. Ob da nicht doch ein heimliches Quarenlächeln über die Geistesart mancher Größen des D. M. B. schimmert ist ob solcher „überzeugenden“ Dialektik“ des Genossen Dikmann. Vielleicht ist Genosse Dikmann in der Lage, noch folgende Zusammenhänge zu verwerfen: An den höchsten Löhnen in der vom D. M. B. beherrschten Grafschaft Glag ist die Schwarzarbeit Berliner Droschkentreiber schuld. Oder: Die „ammer-feste-Druff“ Taktik des D. M. B. im Ruhrgebiet ist eine Folge der bedenklichen Nähe der Insel Wieringen zum Ruhrgebiet. Oder: Daß der D. M. B. ein Koloss auf Lötlernen Füßen ist, daran ist nur Daniels Weisagung schuld usw. Wir stellen dem Genossen Dikmann diese „Zusammenhänge“, die vor seiner Konstitution überblickt den Vorzug harter Überheblichkeit haben gerne kostenlos zur Verfügung. (Siehe Notiz „Demastierung“ in dieser Nr.)

Zu der Berliner Angelegenheit gestatten wir uns nur die stille Randbemerkung: Wenn der D. M. B. wirklich so kampflustig ist, warum ist denn in Berlin die Arbeitszeitverlängerung vom D. M. B. so lang, klug- und kampflustig angenommen worden und warum machte man in Berlin keinen Generalstreik? Darauf eine Antwort zu erhalten, wäre jedenfalls sehr interessant. Die ganze Art der Behandlung der Arbeitszeitfrage auf der Kasseler Generalversammlung zeigt aber, auf welchem Niveau sich eine Generalversammlung befinden muß, der man ein solches Zeug vorlegen darf. Wir bedauern das im Interesse des Ansehens der Arbeiterbewegung, denn so etwas ist leider nicht geeignet. Reflektiert vor dem doch im allgemeinen geistigen Hochstand der deutschen Arbeiterschaft zu erwecken.

Konjunkturrückgang und Wirtschaftsmarkt

Die derzeitige Arbeitslosigkeit, die als Zeichen der heutigen Wirtschaftskrise Millionen von Arbeitnehmern erreicht hat, muß besonders bitter empfunden werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß noch vor etwa 1½ Jahren bei uns von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit kaum die Rede sein konnte und sich um so wirksamer auswirken als der durch die nervöse Einkommensausfall bedingte von einer starken Warenverwertung die eine außerordentliche Einschränkung u. a. breitere Verbraucherkreis lieferte an notwendigen Lebensbedürfnissen. Das Ausland hat diese Tatsachen der Arbeitslosigkeit der Teuerung und des Massenelends durch den Hinweis zu vermeiden gesucht, daß die deutsche Handelsbilanz, d. h. also das Verhältnis von Einfuhr und Ausfuhr im Oktober-November eine erhebliche Besserung aufweise, indem die letztere die erstere wieder übersteige also aktiv sei ein Zeichen, daß die deutsche Wirtschaft gar nicht so krank und schwach sei, wie sie sich stelle. Zurechnen, daß die Mehrausfuhr für Oktober und November stimmt, ändert das jedoch nichts an der weiteren Tatsache, daß für das ganze Jahr 1923 die Handelsbilanz passiv sein wird, d. h. daß die Einfuhr die Ausfuhr überwiegen wird. Wichtig ist aber, daß für die letzten Monate die Einfuhr nicht deshalb etwas zurückgegangen ist, weil das deutsche Volk vor Anbruch eines Lebens etwa weniger bedürftig hätte, sondern sie hat sich vermindert, weil die Ruhraktion und ihre Folgen die Lebensmöglichkeit noch mehr beschränkten.

Deutschlands Stellung im Außenhandel auf dem Weltmarkt erleichtert sich nicht etwa, wie wir sehr leicht wünschen möchten, sondern wird im Gegenteil immer mehr erschwert. Wie folgenreicher

ist nach dieser Richtung hin die Ruhraktion nicht für Eisen und Kohle gewesen, einleuchtend bedeutsame Auswirkungen! Nach Darlegungen im jüngsten Bericht der Eisener Exportkommission für 1923 haben infolge der Ruhraktion „ausländischer Bergbau und die ausländische Eisenindustrie eine außerordentlich günstige Entwicklung genommen. Frankreich und Belgien wurden zwar in ihrer Montanindustrie durch den Ausfall an Ruhrkohle unwirksam gemacht. Im Laufe des Jahres wurden die Schmelzleistungen jedoch durch die Ausfuhr der beschlagnahmten deutschen Rohstoffe und Koks, die aus Belgien und der Tschechien bedeutend abnahm. Das beschlagnahmte deutsche Eisen diente in hervorragendem Maße dazu, die französische Schwerindustrie zu versorgen. Durch das Sinken des französischen Franken schließlich in den letzten Monaten des Jahres ist Frankreich in die Lage versetzt worden, auf dem Weltmarkt als Konkurrent wieder auftreten zu können. Frankreich hatte seine Eisenerzeugung schon Mitte des Jahres auf eine größere Höhe als im Vorjahre gebracht und kann der weiteren Entwicklung auf dem Weltmarkt als Beherrscher der europäischen Montanindustrie mit Ruhe entgegen sehen.“ Auch trotz Englands und Amerikas Konkurrenz, „Frankreich hat unterstützt von seiner politischen Machtstellung die besten Aussichten, das immer noch größte Absatzgebiet für Eisen, Europa, fast ausschließlich zu beherrschen.“

Wir müssen, wenn der deutschen Wirtschaft wieder eine stärkere Beschäftigungsmöglichkeit gegeben und der Arbeitslosigkeit wirksam entgegengetrieben werden soll auf den Weltmarkt hinaus, unser hartes Lebenselement vor dem Kriege! Das bedingt eine Umgestaltung der Produktionskosten einer Umkehrung der Wirtschaft unter Aufgabe mancher von dem parteipolitischen Bedürfnis diktierten sogenannten Errungenschaften der Revolution, eine technische und organisatorische Einrichtung der Betriebe, die die Warenüberzeugung verschwinden und uns auf dem Weltmarkt wieder wettbewerbsfähig werden läßt. Ueber diese Sorge über den ausländischen Markt dürfen wir aber auch die Wichtigkeit des inländischen Marktes für einen ungeheuren Absatz, eine kontinuierliche Industrie-tätigkeit und Arbeitnehmerschäftigung nicht vergessen. Wer die Verhältnisse vor dem Kriege kennt der weiß, was nach dieser Richtung hin das wirtschaftliche und soziale Emporarbeiten der industriellen und allgemein gewerblichen Arbeitnehmerschicht und der dadurch geschaffenen und sich ständig währende Massenverbraucher an Gegenständen insbesondere der Bekleidungs-, Wohnungs- und Lebensmittelindustrie für das gesamte Wirtschaftsleben damals bedeutete.

Starke heimische Kaufkraft und höchste Befolgung der Lohn- und Gehaltsempfänger sind aber Gegensätze. Kommt die Wirtschaft einmal wieder stärker in Gang dann wird zu überlegen sein, wie durch eine stärkere Erhöhung der Lohn- und Gehaltsentlohnungen eine Hebung der Kaufkraft der Massen herbeizuführen sein wird. Diese wird dann die Erzeugung überhaupt beeinflussen, und die steigende Ertragskraft der Wirtschaft wird weiterhin die erhöhten Lasten überwinden und ausreichen helfen die etwa aus der Unterbelegung der Arbeitnehmer erwachsen. So kann nicht nur durch Sparen und Einschränkung sondern auch durch Reduktion und Hebung des Bedarfs ein Krisenzustand der Wirtschaft abgewendet werden.

In diesem Zusammenhang möge man schließlich auch die Sozialpolitik als einen Teil einer gelunden Wirtschaftspolitik nicht unbeachtet lassen. Es gibt eine sozialpolitische Politik, die in Form materielle Entlohnung ohne Zweifel den Produktionsprozess befördert. Es gibt aber auch eine wohlfeile Sozialpolitik, die wenig oder gar nichts kostet und die auf dem Gebiete einer lokalen Handhabung des Arbeitssozialismus besteht. Hier lassen sich mit billigen Mitteln im Geiste der Reduktion der Arbeitsdauer und Verursachung Werte ausbilden, die für die Produktivität des Arbeitsprozesses von nicht geringerer Bedeutung sind als Betriebsorganisation und Arbeitsdauer.

Ich klage an

Der Generalstreik im Ruhrgebiet ist bekanntlich stand zumal geschlagen. Die Metallarbeiterschaft, die den Vorkurs der radikalen Führer folgte, hat in bitterer Enttäuschung einsinken müssen, daß der Weg, den die Taktik des sozialistischen Metallarbeiterverbandes im Ruhrgebiet einschlug, der Arbeiterschaft zum Verderben gereichten würde. Wir haben seit Monaten unablässig gemurmelt, weil wir sahen, was für ein Altes oder Neues, Politik der Radikalen führte. Keinem Kollegen nicht die Taube auf dem Dache; da ist es schon selber, man hält wenigstens den Sperling in der Hand fest. Wenn man zwischen zwei Uebeln zu wählen hat, wird ein vernünftiger Mensch doch stets nur das kleinere wählen. Wie recht der Christliche Metallarbeiterverband in der Arbeitszeit- und Generalstreikfrage handelte und wie er dabei die Interessen seiner Kollegen vertrat, das beweist ein „Offener Brief“, den F. Büchtemann an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Gelsenkirchen richtete. Briemant ist der frühere erste Bevollmächtigte des D. M. B. in Gelsenkirchen und fast hundert Vertreter des D. M. B. bei den Verhandlungen mit der Nordwestgruppe. Sein Schreiben vom 8. Februar 1924 im sozialistischen „Gelsenkirchener Volkswillen“ wollen wir unseren Kollegen nicht vorenthalten:

Der Verlauf Ihrer letzten Aktion in der Metallindustrie veranlaßt mich, in aller Bescheidenheit meine Ansicht hierüber Ihnen und der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Was mich hierzu bewegt, ist nicht etwa Genußnahme darüber, daß Ihnen der Herr Reichs- gewerkschaftlicher Tätigkeit mislungen ist im Gegenteil ich hätte gerne gesehen, wenn Ihrer Bewegung im Interesse der Metallarbeiter ein Erfolg beschieden worden wäre. Was ich bedauern will ist, daß Sie durch Beherrschung dessen was ich Ihnen zu kennen habe, in Zukunft nicht mehr die Grundzüge gewerkschaftlicher Strategie außer acht lassen und mit mehr Gewissen die verschiedenen Kampfsmöglichkeiten erörtern. Als bisher unbestrittene Tatsache für die Führung gewerkschaftlicher Kämpfe gilt folgendes:

1. Ein Streik läßt sich nur dann erfolgreich durchführen, wenn der Arbeitgeber ein großes Interesse an der Arbeitskraft des Streikenden hat.
2. Ohne die Unterstützungstränge menschenwürdiger Arbeit zu haben, ist an einen Streik und seine Durchführung nicht zu denken.
3. Die am Streik Beteiligten (nicht die Erwerbslosen) müssen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit für den Streik entschieden haben.
4. Der Kreis der am Streik Beteiligten muß der Zahl der am Streikobjekt Beteiligten entsprechen.

Das in den 4 Punkten Gefagte sind Selbstverständlichkeiten, die auch eine kommunistisch eingestellte Verbandsleitung beherzigen muß.

Betrachte ich nun den von Ihnen geführten Kampf unter dem Gesichtspunkt dieser Selbstverständlichkeiten, so komme zu folgenden Feststellungen:

1. Der Unternehmer hatte kein Interesse an der Arbeitskraft der Streckenden, er brauchte einen Bruchteil der sich anbietenden Arbeiter, um die vorläufige Wiederaufnahme der Produktion zu bewerkstelligen.

2. Dem Unternehmer genügt die Christen, Kirche und Indifferenten, er brauchte die Mitgläubigen des D. M. B. nicht. Es war ihm nur angenehm, eine Handhabe gefunden zu haben, sich nun auch der letzten aufrechten Arbeiter zu entledigen.

3. Die Unterstützungsfrage wurde von der Verbandsleitung vor dem Streik gar nicht ins Auge gefaßt.

4. Die Erwerbslosen, deren Unterstützung sicher stand, bestimmten den Streik der Arbeitenden, unbestimmt um das Los der bisher im Betrieb Befindlichen.

5. Die im Betrieb Befindlichen wurden nicht nach den gewerkschaftlichen Regeln in achselmer Abstimmung um ihre Zustimmung zum Streik befragt. Der Streik wurde diktiert und von unbeteiligten Versammlungsmehrheiten befohlen.

6. Demgemäß bestand kein Streik nach gewerkschaftlichen Grundsätzen, da auch die Zustimmung des Vorstandes zum Streik fehlte.

7. Die Ortsverwaltungen, Kirchen und Essen gaben sich dem Wahn hin, östlich den Kampf für ganz Rheinland und Westfalen auskämpfen zu können, der zentral zu führen auf Grund der Verhältnisse unmöglich war. Dies war Vermessung oder Dummheit.

8. Die Organisation ist durch das Vorgehen der Ortsverwaltung schwer geschädigt. Fast kein einziger unserer bewährten Funktionäre ist wieder im Betrieb. Der Unternehmer hat keinen Zweck erreicht.

9. Die Christen und Kirche haben die Situation geschickt ausgenutzt und unsere Leute wurden von Ihnen leichtsinnig geopfert.

10. Sie (die Radikalen D. Red.) haben erreicht, daß die Plätze der von Ihnen leichtfertig in den Streik geführten Kollegen von Indifferenten besetzt sind.

Es erübrigt sich nun eigentlich, nach diesem Tatsachenmaterial noch eine Betrachtung anzustellen, da jedoch die Wahrscheinlichkeit vorliegt, von Ihnen mißverstanden zu werden, will ich Ihnen den Kommentar nicht schenken. Ich betone, daß wenn Sie das alles gewußt haben, was ich in diesem Schreiben niedergelegt habe und daß trotzdem die Aktion gemacht, um Eurer Führerschaft zu gedenken, dann seid Ihr... keine Menschen. Denn Ihr habt keine Opfer gebracht in diesem Kampfe, die wurden von denen gebracht, die Ihr führtet.

Aber zu eurer Entschuldigunahme nehme ich an, ihr habt das alles nicht gewußt. Ich habe noch immer den Glauben an das Gute in Menschen, und so schlicht, so verworren, so gewissenlos kann doch kein Arbeiterführer sein. Nein, ihr habt nicht den Blick für die harte Wirklichkeit. Ihr seht die Dinge, wie sie sich in eurem engen Raume darstellen. Ihr steht unter dem Eindruck des Tuns und Redens in euren Parteireisen. Ihr berauscht euch an starken Worten, die ihr für Tat haltet und fühlt euch stark wie der Bärenhäuter, der sich im berauschten Zustand wild gebärdet, um schließlich friedlich in der Gasse einzuschlafen.

Und doch — wach ein Rästel, daß man euch noch ein gewisses Vertrauen entgegenbringt. Wo liegt die Lösung? Es ist das Vertrauen der verwandten Seelen, die dem Gefühl angehören, weil der Bestand die Dinge nicht erfaßt. Man hält euch für Selbsten, weil ihr den Mut hattet, das Wort Streik auszusprechen, das für euch kein Opfer brachte. Ihr seid Helden auf Kosten anderer und diese merken es nicht. Ihr habt noch willige Mitläufer und Anhänger, weil bei euch auch Selbsterhaltungstrieb die Fähigkeit hoch entwickelt ist, andere für eure Unfähigkeit verantwortlich zu machen. Und da ist auch kein Mittel zu dumm oder zu unmoralisch, weil nicht die Moral und die Klugheit über euch zu Gericht sitzt.

Auch nach dieser verurteilten Aktion werden Sie nicht Buße tun, werden nicht in schlaflosen Nächten sich vor ihrem Gewissen zu verantworten suchen. Nein, Sie werden anderen, vielleicht dem D. M. B., vielleicht der WSPD, die Schuld geben. Vielleicht klammern Sie sich an den Artikel im „Volkswillen“, der den Kampf von zwei Gesichtspunkten beleuchtete. Dieser ist jedoch erst erschienen, als der Streik in Essen schon abgeblasen war. Aber Sie werden trotzdem die WSPD für den Verlauf des Kampfes verantwortlich machen. Daß kein vernünftiger Mensch dies mehr glauben irrtztelt Sie nicht, weil es ja Unvernünftigkeit genug gibt, auf die Sie sich stützen können. Ach der Metallarbeiter der euch erst vor 3 Wochen gewählt hat, wird euch gerne Absolution erteilen. Das Schamgefühl hält ihn zurück, schon jetzt zu erkennen daß er sich hat irren lassen. Glauben Sie nicht, daß ich den Kampf nicht für berechtigt hielt, im Gegenteil, es ist noch kein gerechterer Kampf geführt worden. Darauf kommt es jedoch nicht an, sondern auf die Möglichkeit, einen Kampf durchzuführen. Da die Möglichkeiten zur Durchführung des Kampfes fehlten, mußte man dem Kampfe ausweichen, um die Arme zu retten. Sie haben kämpfen lassen und die Arme vernichtet. Die Opfer des Kampfes sind Helden. Für die Führer des Kampfes eine Bezeichnung zu finden, will ich unterlassen.

An die Kollegenchaft richte ich jedoch die Mahnung: „Haltet fest an der Organisation. Ihr seid nicht organisiert um der Führer willen — sondern um euer selbst willen.“

Der Arbeitendtag ist nicht aufgegeben, wenn die Organisationen der Arbeiter unergründeter erhalten bleiben, und nicht gewerkschaftlicher Dilettantismus unter dem Deckmantel des Radikalismus sein Wesen treibt.

Diese Darlegungen aus sozialistischem Munde sind eine glänzende Rechtfertigung für die Haltung unseres Verbandes, aber ebensoviele Reueklagen für die Taktik im D. M. B., die in den Konferenzen in Dortmund, Bochum usw. gerade das raten, was Brünink geißelt. Die Metallarbeiterzeitung ist der leidtragende Teil infolge des Verhaltens des D. M. B. geworden, und unermessliches Leid hat er über Tausende von Familien gebracht. Der innere Kampf im D. M. B. zeigt erneut, wohin die Parteipolitik eine Organisation bringen kann. Deshalb ist auch nur ein Verband, der sich von parteipolitischen Strömungen fernhält, wirklich geeignet, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Die Verknöcherung des Kapitals

lautet die Ueberschrift eines bemerkenswerten Artikels der „Röhrischen Zeitung“ (Nr. 88 1924), der sich gegen die vielfach noch bestehende Preisüberbewertung mancher Industriearbeitskräfte wendet, und in folgenden Gedanken gipfelt:

Wir sehen zwei Notwendigkeiten, um wieder zu gefundenen Verhältnissen zu kommen: Verringerung der Inflationskalkulation und Verminderung der Gehaltskosten. Zum ersten Ziele führt die Einführung der echten Goldmarkkalkulation, streng getrieben nach Auslandsleistung und Inlandsleistung. Zur Verminderung der Gehaltskosten aber führt neben der jährlichen Betriebsverbesserung — auch im Kontorbetrieb — nur die Verlängerung der Arbeitszeit, wo die Verlängerung zur Verbilligung unumgänglich ist. In einer Zeit, wo die Beamten im Staatsinteresse darben, kann natürlich auch der Arbeiter nur kein Existenzminimum fordern. Ohne dessen Gewährung kann es keine Ordnung geben, aber zu seiner Erreichung muß mehr geleistet werden. In Deutschland wird heute an vielen Orten nur deshalb geleistet, weil auf der Arbeiterseite vielfach noch die Ehrlichkeit auf der andern Seite in den Berechnungen angewendet wird. Dieses Mißtrauen muß beseitigt werden.

Damit ist die Berechtigung unserer Forderung ausgesprochen, daß die Frage der Verbilligung der Produktion nicht allein eine Frage der Arbeitszeit, sondern vor allen Dingen auch die der besseren Organisation des Betriebes, der Behebung des Leerlaufs und der Abschaffung unproduktiver Kräfte ist. Von dieser für die Verbilligung der Produktion ebenfalls unumgänglich notwendigen Forderung ist in vielen Betrieben aber noch nicht allzuviel zu bemerken. Nur durch allseitige Belebung und Verbilligung der Produktion ist es möglich, zur Belebung des Absatzes selbst beizutragen, ohne den die Wirtschaft nicht bestehen kann. Das ist aber auch nur möglich durch Steigerung der Konsumkraft der breiten Massen durch entsprechende Löhne. Wer glaubt, durch möglichste Reduzierung des Lohnes eine Blüte der Wirtschaft zu erzielen, ist auf dem Holzwege. Amerikanische Unternehmer haben das längst erlernt und haben ihre Konsequenzen daraus gezogen insofern, als sie ihrer Arbeiterkraft vernünftige Löhne zahlen. Die Arbeiterschaft wird gut tun, das Unternehmertum gelegentlich an den Saß zu erinnern, der sich in einer programmatischen Erklärung: „Was die Arbeitgeber wollen“, in der „Zeitschrift“ (1924, 3) der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände findet und lautet: „Nicht Lohnverknüpfung wollen wir, sondern eine Hebung der Kaufkraft der Massen durch Steigerung und Verbilligung der Produktion.“ Die Unternehmer haben es in erster Linie selbst in der Hand, zur Verwirklichung dieses Satzes mitzuwirken.

Die „Tatsachen“ des Genossen Wolf

In der roten „Essener Arbeiterzeitung“ vom 1. Februar 1924 befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift „Tatsachen aus der Bewegung“. Wenn der Inhalt des Artikels mit der Ueberschrift übereinstimmen würde, hätten wir keinen Grund, darauf einzugehen, weil der Verlauf der Bewegung in der Arbeitszeitfrage mit Nordwest in ausgiebiger Weise sowohl in unserem Verbandsorgan wie auch in der Tagespresse behandelt wurde. Eigenartig liegt es aus, wenn der Artikelsschreiber erst dann mit „Tatsachen“ aufwartet, wenn der Kampf, unter dessen Begleitumständen das arbeitende Volk Unzulänglichkeiten hat, von denselben Leuten angeblasen ist. Tief bedauerlich ist jedenfalls, daß die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erst nach sechs Wochen einzieht, daß ein Wirtschaftskampf, ohne Geld in der Verbandskasse, was Wolf häufig eingestanden, nicht erfolgreich sein kann, ja mit tödlicher Stille verlorene gehen muß, wenn eine nie gekannte Arbeitslosigkeit in dem betreffenden Bezirk oder in der Industrie zu verzeichnen ist.

Nun zu den Wolfischen „Tatsachen“. Es ist eine Entstellung der Tatsache, wenn in dem Artikel behauptet wird, die christlichen Vertreter hätten deshalb für die Hüttenarbeiter den Achtundneunzig aufgegeben, weil dieselben nicht dem Rufe der Organisation gefolgt seien, wie es gewünscht wurde. Tatsache ist, daß befürchtet wurde, die Arbeiter der Hüttenindustrie, welche seit Wochen schon arbeitslos waren, würden gegen den Willen der Organisation die Arbeit zu Preisbedingungen wieder aufnehmen. Tatsächlich war das bei einigen Werken schon der Fall, wo wie in Oberhausen, die sozialistischen Metallarbeiter geführt von drei Betriebsräten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, in den Betrieb gegangen waren.

Diese Auffassung des Gedächtnisses für den Bezirksleiter Wolf vom D. M. B. scheint sehr notwendig, denn in Absatz 8 des Artikels wird darauf hingewiesen, daß am 10. 12. 23 beim Reichskommissar eine Besprechung mit den drei Bezirksleitern stattfand. Bei der Gelegenheit habe der Vertreter des D. M. B. erklärt unter dem Schutze des Hüttenarbeiters die achtundneunzig Arbeitzeit zu verhehlen. Diese Besprechung wurde ausdrücklich vom Reichskommissar als vertraulich bezeichnet. Wenn Wolf nun verantworten kann, diese Vertraulichkeit zu brechen, um den Christen eins anzuhängen, haben wir keine Ursachen, weitere Tatsachen zu verheimlichen, daß in der angesprochenen Sitzung eine Erklärung von Wolf unterzeichnet wurde, welche lautet:

Wir sind bereit, über eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Arbeitszeit unter Aufrechterhaltung des Schutzes der Feuerarbeiter mit dem Arbeitgeberverband Nordwest unter einem unparteilichen Vorsitzenden zu verhandeln.

Diese schriftlich vorliegende Erklärung wird in dem Artikel abhandelt vergessen. Wir legen aber Wert darauf, diese mit zu veröffentlichen, weil daraus hervorgeht, daß schon am 10. 12. 23 Wolf bereit war, eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit für die Hüttenarbeiter durchzuführen. Wenn er auch kein Fachmann ist, so dürfte er doch wissen, daß für die Hüttenarbeiter entweder das Dreischichtensystem oder das Dreischichtensystem in Frage kommen muß.

Sodann wird in dem Artikel berichtet über die Verhandlung am 13. und 14. 12. 23 in Berlin und wird dann die bekannte Erklärung, wonach Wolf nur ein Protokoll unterschrieben habe, nochmals aufgeführt. Tatsache ist, daß Wolf am 13. 12. kein Wort von einer Ablehnung der Vereinbarung gesagt, noch etwas davon angedeutet hat.

Ferner heißt es denn: „Diese Erklärung des D. M. B. wurde am Schluß der Verhandlungen am 14. 12. 23 nochmals präzise wiederholt.“ Tatsache ist, daß diese Erklärung von Wolf am 14. Dezember abgegeben wurde, aber erst nach dem auch über das Verhandlungsergebnis des zweiten Tages die Unterschrift von Wolf schon geleistet war.

Auch eine Mitteilung aus der separaten Besprechung der Arbeitnehmer in Berlin ist entfallen. Bei dieser Besprechung handelte es sich darum, den Arbeitern für das Jahr 1924 den Urlaub zu sichern. Wenn das nicht in vollem Umfange gelungen ist, dann deshalb, weil die Vertreter des D. M. B. nicht mit der Entschiedenheit mitarbeiteten, wie man das in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Dinge hätte verlangen müssen. Bei der Gelegenheit erklärte Wolf allerdings: „Das Abkommen, das kann ich ganz offen sagen, gefällt mir nicht.“ Von einer Ablehnung wurde auch bei der Gelegenheit nicht gesprochen.

Eine weitere sehr wichtige Tatsache wird ebenfalls in dem Artikel unterlassen. Wolf wußte, daß die Vereinbarung vom 13. Dezember, wie es in der Einleitung heißt, am 17. Dezember in Kraft treten sollte. Bis zu diesem Tage mußte und wollte Wolf die Erklärung über Annahmen und Ablehnung der Vereinbarung durch die Bezirkskonferenz des D. M. B. herbeiführen haben. Diese Bezirkskonferenz tagte auch am 15. Dezember, ohne den Mut zu einer endgültigen Entscheidung anzubringen. Man hat der Konferenz nicht deutlich genug erklärt, daß an diesem Tage über Ablehnung oder Annahmen entschieden werden müsse, sondern verfrucht sich hinter eine Urabstimmung, die auf den 16. Dezember angelegt wurde und das bekannte klägliche Ergebnis zeitigte. Und was hat Wolf über diese Konferenz den Arbeitgebern aber erst am 18. Dezember mitgeteilt?

„Unsere Konferenz am 15. hat eine Urabstimmung beschlossen, weil sie sich nicht dazu entschließen konnte, das Abkommen abzulehnen.“

An diese keine Mitteilung an Herrn Klönne mußte sich Herr Wolf in der Sitzung am 14. Januar in Essen von Herrn Klönne nochmals erinnern lassen.

Entweder hat also Herr Wolf über die Konferenz den Arbeitgebern die Unwahrheit berichtet oder die Wahrheit auf der Bezirkskonferenz, die nicht den Mut zur Ablehnung hatten, haben eine feines Spiel getrieben, indem sie die Komödie der Urabstimmung für den 19. Dezember inszenierten, wo bis zum 17. Dezember eine klare Entscheidung getroffen sein mußte.

Weiter heißt es in dem Artikel: Die Mitglieder des D. M. B. und die der übrigen Gewerkschaften haben sich tapfer gewehrt. Das mag richtig sein, aber Tatsache ist, daß vielfach die Mitglieder des D. M. B. es waren, die schon vor der Urabstimmung mit Zustimmung der Führer in die Betriebe hineingelaufen sind.

Wenn ferner in dem Artikel dreißig und gotteslästerlich behauptet wird die Haltung der Führer des D. M. B. habe die freie Gewerkschaftsbewegung nicht geschädigt, so ist dieses mehr als eine Unwahrheit, denn nach unserer Kenntnis hat der Deutsche Metallarbeiterverband mehr wie die Hälfte seiner Mitglieder verloren, und wenn die Bezirksleitung des Verbandes in Zukunft noch ähnliche Sprünge macht, sind wir überzeugt, daß die Meinung des Herrn Wolf in Erfüllung geht, nämlich, daß es besser sei, die Gewerkschaftsbewegung bricht zusammen, als die Verantwortung für die Arbeitszeitregelung zu übernehmen. Die Taktik dieser Leute werden wir auch in Zukunft entschieden ablehnen und, wenn es im Interesse der Metallarbeiter liegt, unsere eigenen Wege gehen.

Betriebsrätewahlen im Bergbau

Die Bergarbeiterverbände haben unter sich beschlossen, die Neuwahlen der Betriebsräte im gesamten deutschen Bergbau in den Tagen vom 26 bis 28. März stattfinden zu lassen. Daraufhin haben wir bei der Hauptverwaltung des Gewerkschaftsbundes christlicher Bergarbeiter am 5. Februar schriftlich angefragt, ob man bereit sei, auf der Grundlage der in der Vorstandsitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften am 8. Februar 1923 beschlossenen

„Richtlinien für das Zusammenarbeiten bei Betriebsrätewahlen“ sich mit uns und den andern beteiligten christlichen Berufsverbänden zu verständigen. Eine Antwort hierauf ist bis zur Drucklegung dieser Nummer bei unserer Hauptgeschäftsstelle nicht eingelaufen. Sobald sie eingetroffen ist, werden wir sie unseren Kollegen mitteilen. Wegen des nahen Wahltages können wir aber nicht länger warten, unsere Wahlrolle bekanntzugeben.

Wie stellen uns auf den Vor in der nachstehenden Richtlinien des Gesamtverbandes:

1. In jedem Betrieb darf nur eine Liste der christlichen Gewerkschaften eingereicht werden.
2. Die Liste ist von den berufenen Vertretern aller in Betracht kommenden christlichen Gewerkschaften gemeinsam aufzustellen. Unzulässig ist es insbesondere, daß ein Verband einseitig vorgeht und die Bruderverbände vor vollendete Tatsachen stellt.
3. Auf der Liste sind alle beteiligten christlichen Gewerkschaften gebührend zu berücksichtigen, wie das der Vorbericht des SS 22 BVO. entspricht. Die zahlenmäßige Stärke eines Verbandes darf allein nicht den Ausschlag geben.
4. Die Liste soll grundsätzlich, wenn mehrere christliche Gewerkschaften beteiligt sind, den Namen führen: Liste der christlichen Gewerkschaften. Wo jedoch ein Berufsverband überwiegende Bedeutung hat, kann die Liste den Namen führen des Verbandes A mit dem Zusatz: Liste der christlichen Gewerkschaften. (Nimm. d. Verf.: Im Bergbau kann man mit der letzteren Bezeichnung ohne weiteres einverstanden sein.)

Es liegt im Interesse unserer Gesamtbewegung, jede unnötige Zersplitterung der Stimmen zu vermeiden. Wenn der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter bei der Kandidatenaufstellung auch Mitglieder der christlichen Berufsverbände berücksichtigt, müssen unsere Berufscollegen mit allen Kräften für diese Gewerkschaften eintreten. Wo man uns nicht berücksichtigen will, hat ungeachtet aller Umstände trotzdem unsererseits der Versuch zur Verständigung vorzugehen. Wo dann trotz alledem keine Berücksichtigung unserer Berufscollegen erfolgt, bleibt uns nichts anderes übrig, als genau wie in den vergangenen Jahren seitens der Zeichenhandwerker und Tagesarbeiter gemeinsame Vorschlagslisten der christlichen Berufsverbände (Metall-, Bau- und Holzarbeiter, Eisenbahner usw.) aufzustellen, wenn einigermassen gute Aussicht auf Erfolg dabei vorhanden ist. Auf jeden Fall muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür Sorge getragen werden, daß wir mit einer unzerstörten Mitgliederliste im Verband entsprechenden Anzahl von Berufscollegen in den neu zu wählenden Betriebsräten Vertretung finden.

Zeichenmetallarbeiter, an die Wahlarbeit!

Demaskierung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes

Zwischen dem sozialistischen Bergarbeiterverbande und dem sozialistischen Metallarbeiterverbande sind Auseinandersetzungen über die verlängerte Arbeitszeit im Bergbau und in der Metallindustrie entstanden. In einer Zuschrift an die sozialistische Presse wendet sich der Vorstand des Bergarbeiterverbandes gegen den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, den Reichsausschussmitgliedern Robert Dühmann, der auf der jetzt stattgefundenen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Kassel u. a. erklärt hat, es sei für die deutsche Arbeiterschaft verhängnisvoll gewesen, daß die Bergarbeiterzeitung der Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt habe. (Siehe Notiz in dieser Nr.: Wer trägt die Schuld?) Die Folge bei das gleiche Verlangen der Berliner Metallindustriellen gewesen. Dühmann erklärte weiter, daß sich der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes gegen die Verlängerung ausgesprochen habe.

Demgegenüber weist der Vorstand des Bergarbeiterverbandes darauf hin, daß am 13. November eine gemeinsame Sitzung sämtlicher sozialistischer Arbeiterorganisationen stattgefunden habe, in welcher zu der Forderung der Zeichenindustriellen bezüglich einer Verlängerung der Arbeitszeit Stellung genommen wurde. In dieser Sitzung habe der anwesende Vertreter des Metallarbeiterverbandes hervorgehoben, daß angesichts der schwierigen Lage eine Stunde Ueberarbeit im Bergbau das Zweckmäßigste sei. Auch in den Konferenzen vom 29. November und 3. Dezember habe der Metallarbeiterverband sich für die Annahme des Ueberarbeitens abkommens im Bergbau ausgesprochen. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes empfiehlt dem Vorstand des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, seine Auffassung der Wahrheit entsprechend zu ändern, eine Antwort, die sich der sozialistische Metallarbeiterverband wohl merken sollte. Wir erinnern uns, daß die sozialistische Metallarbeiterzeitung vom 15. Dezember geradezu einen Lobeshymnus sang über das Opfer, das der Arbeiter mit der Verlängerung der Arbeitszeit für das deutsche Volk gebracht haben, um „namenloses Elend in der Arbeiterbevölkerung zu vermeiden.“ Man sieht, daß die Ansicht der Radikalen im D. M. B. sehr schnell verlogenem läßt, was man noch kurz vorher anbotete.

Bekanntmachung

Am Sonntag, dem 2. März ist der 10. Wochenbeitrag fällig. Sättigen. Adressenänderung. Unsere Geschäftsstelle befindet sich Heegerstraße 29.

Die „Bücher der Arbeit“

müssen in der Hand eines jeden Vertrauensmannes sein. Bestellt sie auf eurer Ortsverwaltung oder beim „Echo-Verlag“ Duisburg, Mülsefeldstr. 15